0

POLNISCHE BLÄTTER

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 5., 15. und 25. jeden Monats.

Heft 98. XI. BAND 15. Juni 1918

INHALT:

Einzelpreis 40 Pfg. — Vierteljährlich 3.50 Mk.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstrasse Nr. 28.

Nr. 98 15. Juni 1918

POLNISCHE BLÄTTER

An unsere Leser!

Unter schweren Bedingungen, inmitten einem Meer von Vorurteilen, Mißverständnissen und historisch-politischen Gegensätzen haben wir uns entschlossen, die Redaktion der „Polnischen Blätter“ zu übernehmen.

Das Schicksal unseres Vaterlandes ruht noch immer im dunkeln Nebel, und noch immer sind unsere Bestrebungen und unsere Ziele der deutschen Oeffentlichkeit wenig oder gar nicht bekannt. Und auch dessen sind wir uns bewußt, daß nicht wenige in Deutschland uns in offener Feindschaft gegenüber treten.

In der Ueberzeugung aber, daß das Los zweier nachbarlichen Völker, die das Schlachtenschicksal des Weltkrieges zusammengebracht hat, unabhängig ist von menschlichen Stimmungen, ja sogar vom menschlichen guten oder bösen Willen, und zur Erfüllung gewisser gemeinsamen welthistorischen Aufgaben zwingt, wollen wir unsere Tätigkeit weiter ausbauen.

Wir stellen uns zur Aufgabe, die gesamten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse und Strömungen Polens und seiner Probleme wahrheitsgetreu und objektiv dem deutschen Volke zu schildern und rechnen auf die Mitwirkung und das Vertrauen der deutschen öffentlichen Meinung.

Die uns zugesagte Mitarbeit der bedeutendsten polnischen Schriftsteller wird uns in den Stand setzen, unsere Aufgabe im Geiste des gegenseitigen Verständnisses zu erfüllen.

Die Redaktion:

Wacław Schmidt.

Objektive Bedingungen eines deutsch-polnischen Bündnisses.

Von Władysław Studnicki.

Zwei Bedingungen sind nötig, um die objektiven Grundlagen für ein polnisch-deutsches Bündnis zu schaffen: 1. die Hinausschiebung der Grenzen Polens weiter gegen den Osten und 2. keine Abtrennung irgendeines Landesteiles des Königreichs Polen im Westen.

I.

Warum hat Polen jahrhundertelang mit Preußen und Oesterreich keine Konflikte gehabt? Weil der Ueberschuß seiner Bevölkerung im Osten ein genügendes Betätigungsfeld finden konnte. Dieses Betätigungsfeld schuf Interessenbeziehungen, die den Lebensinteressen der westlichen Nachbarn — Preußen und Oesterreich — nicht entgegengesetzt waren. Vom Beginn der XV. Jahrhunderts an bis zu den Teilungen hat sich die Bevölkerung Litauens verachtfacht, während diejenige des Königreichs Polen sich nur um 2½ vergrößert hat. In der Zeit nach den Teilungen aber läßt sich eine Aenderung dieser Lage feststellen: die Bevölkerung Litauens vermehrte sich, von 1863 angefangen, um 27%, während diejenige des Königreichs Polen sich in der gleichen Zeit verdoppelt hat. In den letzten fünfzig Jahren kommt der natürliche Zuwachs des historischen Litauens dem des Königreichs gleich. Im Verlaufe des XIX. Jahrhunderts war die Auswanderung aus dem Königreich nach dem historischen Litauen verhältnismäßig gering, denn die gegen die polnische Bevölkerung in Litauen und in der Ukraina gerichteten Ausnahmegesetzte stellten sich dem als Hindernis entgegen. Besonders streng wurden diese Gesetze in Wolhynien angewendet, wo den Polen aus dem Königreich nicht allein der Erwerb von Boden, sondern auch die Pacht desselben verboten war. Die wiederholten Versuche des russischen Ministerkomitees, die polnische Kolonisation in Wolhynien zu

unterdrücken, beweisen am besten, wie natürlich diese Strömung war und welche künstlichen Dämme gegen sie errichtet werden mußten.

Infolge der unserem Vordrängen gegen den Osten entgegengestellten Hemmungen, infolge der Krümmungen, die die Linie unserer geschichtlichen Entwicklung genommen hat, haben wir heute im Königreich Polen eine dichtere landwirtschaftliche Bevölkerung, als im ganzen übrigen Mitteleuropa zusammengenommen.

Im Jahre 1910 entfielen in Galizien auf 1 qkm 78 Personen landwirtschaftlicher Berufsbevölkerung, im Königreich Polen 58, in Deutschland dagegen nur 33, in Posen 38,9, in den Gouvernements Kowno, Wilno und Grodno 30.

Diese größere Bevölkerungsdichte der landwirtschaftlichen Bevölkerung hatte eine Saison-Auswanderung nach Deutschland zur Folge, die sich gewiß zu einem ständigen Auswanderungsstrom ausgestaltet und die Entstehung einer polnischen Unterschicht in Deutschland veranlaßt hätte, wenn Deutschland diesen Einwanderern die dauernde Niederlassung in seinem Lande gestatten würde.

Es könnten aber sehr wohl innere Veränderungen oder internationale Verschiebungen eintreten, die Deutschland veranlassen müßten, das Verbot der Ansiedlung der polnischen Einwanderer aufzuheben, wodurch dann wiederum die inneren Bevölkerungsverhältnisse in Deutschland sich zuungunsten des deutschen Elementes verschieben müßten. Dies würde dann in der weiteren Folge neue antipolnische Maßnahmen in Deutschland zeitigen. Antipolnische Maßnahmen sind aber psychologische Hindernisse auf dem Wege zu einem d e u t s c h - p o l n i s c h e n B ü n d n i s.

* * *

Ein polnisch-deutsches Bündnis muß aber nicht nur ein militärisches sein, sondern auch ein Zollbündnis. Dies erfordert aber, daß die Bevölkerung des einen Staates im Bereiche des anderen Bewegungs- und Ansiedlungsfreiheit haben muß. Wird dieses aber möglich sein, wenn Polen, auf seine

ethnographischen Grenzen oder, was noch ungünstiger wäre, auf die Grenzen des Kongreß-Königreichs beschränkt, zum Reservoir der landwirtschaftlichen Besiedlung Deutschlands werden müßte.

Der gegenwärtige Krieg hat hinreichend bewiesen, daß Deutschland nicht strategischer Grenzen bedarf, sondern einer größeren Ackerbaufläche im Rahmen der mit ihm verbündeten Staatengruppe.

Das Kongreßkönigreich, das schon vor dem Kriege gezwungen war, für 10 Millionen Rubel Getreide mehr zu importieren wie exportieren, wird kaum imstande sein, bei der Versorgung seiner Verbündeten mit Getreide eine nennenswerte Rolle zu spielen. Zwar wird es wohl in Polen möglich sein, die landwirtschaftlichen Erträge nach der Abtrennung von Rußland um 50% zu steigern, d. h. auf die gleiche Höhe zu bringen, wie sie heute in Posen und Westpreußen besteht, aber auch dadurch kann Polen nicht in den Stand gesetzt werden, den gesamten Einfuhrüberschuß Deutschlands an Getreide liefern zu können.

Was die Versorgung Deutschlands mit Vieh anbetrifft, so bedarf Deutschland, aus Rücksicht auf seinen enormen Fleischverbrauch, großer Vieheinfuhr. Es wurden vor dem Kriege 139 000 Stück eingeführt und nur 24 405 ausgeführt. Für einen solchen Bedarf spielt Polen, dessen Viehbestände sich durch den Krieg ungeheuer verringert haben, keine besondere Rolle.

Polen als ein für Deutschland wichtiges Agrarland könnte nur durch die Angliederung weiterer östlicher Gebiete eine Bedeutung erlangen.

Die landwirtschaftliche Bewirtschaftung dieser Gebiete befindet sich auf einer viel niedrigeren Stufe als im Königreich, jedoch die Vergrößerung des Eisenbahnnetzes, die Gründung landwirtschaftlicher Kreditgenossenschaften, erhöhte Meliorationstätigkeit und der Zufluß von Kolonisten aus dem Königreich Polen würde die landwirtschaftliche Produktionsfähig-

keit dieser Länder rasch heben. Diese Belebung der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung würde auch gewiß eine Erhöhung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte zur Folge haben.

Polen mitsamt seinen östlichen Marken wie auch Kurland mit dem Gouvernement Kowno könnten den landwirtschaftlichen Mehrbedarf Deutschlands zusammen decken.

Das Streben nach einem Bündnis mit dem Großherzogtum Litauen entspringt in Deutschland dem Bewußtsein, daß die litauischen Länder in wirtschaftlicher Hinsicht natürliche Ergänzungen des Reiches darstellen, daß diese Gebiete also wirtschaftliche Verbündete Deutschlands werden können. In Verbindung mit dem polnischen Staat übertragen sie zugleich auf diesen Staat jene Eigenschaft, die sich aus einer objektiven Würdigung der Verhältnisse dieser Länder ergibt; das Streben nach einem wirtschaftlichen Bündnis mit Deutschland. Mit den inneren Verhältnissen im Königreich steht dies in keinem Widerspruch. Wenn man bedenkt, daß die geographische Lage, die Weichsel, Polen mit Preußen verbindet und ferner berücksichtigt, daß Hamburg derjenige Hafen ist, der die polnische Industrie mit Baumwolle, Wolle, Häuten usw. versorgt, so ergibt sich, daß auch die polnische Industrie in Verbindung mit den überseeischen Märkten nur auf dem Wege über Deutschland suchen muß. An wirtschaftlichen, materiellen Gründen für ein Handelsbündnis zwischen Deutschland und Polen wird es also nicht fehlen, und diese können sich sehr wohl zu der Basis eines politischen Bündnisses ausgestalten.

Wegen unserer östlichen Nachbarländer, deren Hauptstadt Wilno ist, haben wir mit Rußland 16 Kriege geführt. In der auf die Teilungen folgenden Periode ist es wegen dieser Länder nicht zu einer Verständigung mit Rußland gekommen. Die Ursache des Aufstandes von 1830 war unser geschichtlicher Streit mit Rußland wegen dieser östlichen Länder, und im Jahre 1862 wollten wir die Reformen des Markgrafen Wielopolski nicht annehmen, weil sie nur das Kongreß-Königreich umfaßten.

Wer immer diese Länder im Besitze haben wird, wird dadurch auch zum Erben unseres geschichtlichen Gegensatzes zu Rußland werden.

II.

Eine Verkleinerung des Königreichs, sei es um das Kohlenbecken von Dąbrowa-Bendzin (das für unser Wirtschaftsleben unentbehrlich ist), sei es wegen „strategischer Sicherungen“, um Teile der Gouvernements Plock und Lomza, würde das polnische Nationalbewußtsein, dessen Hauptsitz das den deutschen Westgrenzen so nahe Warschau ist, schmerzlich treffen.

Ein oder zwei Millionen neue, dem Deutschen Reiche einverleibte, ihm aber fremd gegenüberstehende polnische Einowhner würden nur zur außerordentlichen Stärkung der polnischen Irredenta innerhalb des preußischen Staates beitragen und nicht nur auf die Polen in Westpreußen und Posen einen Einfluß ausüben, sondern auch die schlesischen Polen stark polonisieren.

Die Polen des preußischen Staates sind ein ruhiges Element, das sich der preußischen Staatlichkeit angepaßt hat; sie würden sich gerne mit dieser Staatlichkeit verständigen, wenn diese sich mit ihrem Dasein abgefunden hat. Eine polnische Irredenta in Preußen ist möglich und sogar wahrscheinlich, und sie kann sogar revolutionären Charakter annehmen, wenn Teile Polens in Form der sogenannten „Grenzregulierungen“ dem Deutschen Reiche angegliedert würden. Es würde sich hier um Polen aus dem Königreich handeln, die dem deutschen Staatswesen nicht angepaßt sind und die keine deutsche Wesensart in sich aufgenommen haben, was doch selbst bei den glühendsten polnischen Patrioten aus Posen und Westpreußen der Fall ist. Die neuen, Preußen eingegliederten Polen aus dem Königreich würden die polnischen Staatsbürger Preußens polonisieren und hier ein revolutionares Ferment bilden.

Die deutsch-polnischen Beziehungen könnten sich sehr wohl zufriedenstellend gestalten, wenn an dem polnischen Land keine Annexionen in Form von Grenzregulierungen vorgenommen werden. Wenn der polnische Staat Kolonisations-

gebiete im Osten besitzen wird, könnte er polnische landwirtschaftliche Bevölkerung aus Posen und Westpreußen aufnehmen. Das arme Galizien, das keinen Staat, sondern eine autonome Provinz bildet, hat eine beträchtliche Anzahl von Polen aus den gebildeten Städen Posens bei sich untergebracht. Statthalter Galiziens vor dem Kriege war der Posener Korytowski, galizischer Landsmannschaftsminister war der Posener Morawski, Direktor der Galizischen Landesbank war der Posener Milewski. Die große Anzahl von Verwaltungsposten, die der polnische Staat zu vergeben haben wird, wird auf die gebildeten Stände der Provinz Posen eine große Anziehungskraft ausüben *).

---

*) Professor Theodor Schiemann hat zu dieser Frage einige Bemerkungen gemacht in der „Magdeburgischen Zeitung“ vom 28. Mai d. J., auf die wir hier eingehen möchten. Er schreibt dort:

„Es gibt noch eine Seite der polnischen Frage, die Beachtung verdient und speziell unser Interesse beansprucht: das Verhalten der preußischen Polen zum neuen Königreich. Während sie in Reichstag und Abgeordnetenhaus die leidenschaftlichsten Verfechter des polnischen Staatsgedankens in seinen chimärischsten Gestaltungen sind, haben sie sich der Mitarbeit am Aufbau dieses Staates gänzlich entzogen.“

Herr Professor Schiemann irrt sich hier oder es beliebt ihm, die öffentliche Meinung in Deutschland irrezuführen. Die Posener Polen sind systematisch von dem Aufbau des polnischen Staates ferngehalten worden. Sie hatten also durchaus keine Gelegenheit, sich an diesem Aufbau irgendwie zu beteiligen. Ueber dieses Kapitel wird überhaupt später noch manches zu sagen sein.

Herr Professor Schiemann stellt ferner fest, daß es „keinen von ihnen (den Posener Polen) verlangt, nach dem Glück zu greifen, sich einem Staatswesen rein polnischer Struktur anzuschließen“. Wir stellten bereits fest, daß den Posener Polen hierzu keine Gelegenheit gegeben wurde; im übrigen müssen wir bemerken, daß nur ein „Gelehrter“, der „so wie Professor Schiemann die historische Wahrheit liebt“, jetzt schon von einem „Staatswesen rein polnischer Struktur“ reden kann, denn wir konnten bisher von dieser „rein polnischen Struktur“ gerade nicht sehr viel bemerken.

Herr Professor Schiemann erzählt ferner, daß die in Polen zum Verkauf stehenden ehemals russischen Güter keine Käufer aus Posen oder Westpreußen gefunden haben. Wir stellen demgegenüber fest, daß kein einziges ehemals russisches Gut in Polen zum Verkauf gestellt wurde; alles, was Herr Professor Schiemann darüber fabelt,

Den gebildeten Ständen werden dann Bauern und Handwerker folgen. Die höhere Kultur dieser Posener Polen wird ihnen den Existenzkampf in Polen erleichtern. Die Wiederaufrichtung des polnischen Staates bedeutet eine Erneuerung des Dranges nach Osten. Dieser Prozeß wird um so stärker sein, je mehr die Grenzen des polnischen Staates gegen den Osten hinausgeschoben werden.

III.

Das, was man bei der Festlegung der Grenzen Polens gegen die Ukraina beobachten konnte, beweist, daß die Tendenz vorherrscht, ein kleines Polen zu bilden, das durch neue, ins Leben gerufene Staaten eingeengt werden soll.

Da die Ukraina sich jetzt schon als eine Fiktion erweist, so wird die günstige strategische Linie, die Rußland einen Angriff auf Ostgalizien und über die karpathischen Pässe nach Ungarn ermöglicht hat, sich wiederum in russischen Händen befinden. Der Weg nach Konstantinopel führt über Ostgalizien, denn der Besitz Ostgaliziens, sei es durch Rußland, sei es durch die sogenannte Ukraina, umfaßt Rumänien von zwei Seiten durch die ukraino-russische Grenze und macht aus ihr ein williges Werkzeug der russischen Politik.

Sollte aber die Ukraina sich doch nicht als eine Fiktion erweisen, so wird sie Polen von Rußland trennen; wenn Polen aber außerdem noch durch Litauen von Rußland getrennt

---

ist völlige Phantasie, absichtliche oder unbewußte Irreführung der öffentlichen Meinung in Deutschland.

In Heft 90 der „Polnischen Blätter" hat der bedeutende Krakauer Professor für Rechtsgeschichte, Kutrzeba, dessen Werke auch in deutscher Sprache erschienen sind, Herrn Professor Schiemann vorgeworfen, daß seine Ausführungen von historischen Fälschungen wimmeln. Auf diese Vorwürfe konnte Herr Professor Schiemann nichts erwidern, sie mußten also wohl vollkommen zutreffend sein. Hier aber mag der deutsche Leser eine weitere Probe der Objektivität und der Liebe zur Wahrheit dieses „Gelehrten" finden und daraus die Schlußfolgerung ziehen, wie schwer es ist, für eine deutsch-polnische Verständigung einzutreten, wenn fortgesetzt in so leichtfertiger Weise und unter dem Schutze der Autorität eines Universitätsprofessors die öffentliche Meinung in Deutschland gegen Polen aufgehetzt wird. (Anm. der Redaktion.)

sein wird, wenn Polen durch Abtrennung historischer polnischer Länder an die Ukraina und an Litauen jeder Streitobjekte mit Rußland verlustig gehen wird, so verschwinden damit gleichzeitig alle Grundlagen eines polnisch-russischen Antagonismus. Deutschland und Oesterreich, die beide noch weiterhin Gebietsteile mit geschlossener polnischer Bevölkerung besitzen werden, werden nunmehr zu den Hauptgegnern Polens werden, weil Polen seine Benachteiligung eben diesen Staaten zuschreiben wird. Rußland dagegen wird zum Verbündeten Polens werden. Rußland wird nach Durchführung der Agrarreform einen erhöhten natürlichen Bevölkerungszuwachs zeigen, denn auch während der ersten 20 Jahre nach der im Jahre 1861 erfolgten Aufhebung der Leibeigenschaft stand der russische Bevölkerungszuwachs in einem Verhältnis zu der Größe des erhaltenen Ackerbodens. Infolge der Vernichtung der großen, fortschrittlichen Industriebetriebe und infolge der Ruinierung der russischen Industrie wird die ganze Entwicklungstendenz Rußlands extensiv werden und wird nach ständigen neuen Eroberungen drängen. Das durch die versuchte Zweiteilung der russischen Nation beleidigte Rußland wird der natürliche Feind der Zentralmächte werden. Darüber sollte man sich durchaus nicht täuschen. Polen wird dann genau so wie früher Serbien zu einer Figur auf dem russischen Schachbrett werden. Polen, ohne Gegensatz zu Rußland, wird zu einem Mittelpunkt der panslawistischen Bewegung werden müssen, die die Tschechen und die ungarischen Slawen ergriffen hat. Wir waren stets stolz darauf, daß wir in der Zeit unserer Unterjochung den panslawistischen Ideen Widerstand geleistet haben, aber jetzt wird die traditionelle Linie unserer Politik eine Brechung erleiden, und Polen wird auf das panslawistische Gleise gedrängt werden müssen, wenn es seiner Streitobjekte mit Rußland verlustig gehen wird.

Eine Union Polens mit Oesterreich kann daran wenig ändern.

Die objektiven Folgen des Besitzes dieser oder jener Gebiete werden die Richtung der polnischen politischen Tendenzen und die zukünftige Richtung der polnischen Politik

in der Habsburgischen Monarchie bestimmen. Polen wird den Panslawismus in die Union einbringen, wenn es seiner Ostmarken beraubt sein wird, den russischen Gegensatz aber, wenn es diese Ostmarken besitzen wird. Sollte eine Vereinigung Polens mit seinen Ostmarken und Galizien in einer Realunion mit Oesterreich sich nicht erreichen lassen, so bleibt als einziges reales Programm, daß in gleicher Weise für Deutschland wie für Polen günstig ist und die internationale Lage dieser Staaten nicht verschlechtern kann, eben die Bildung eines Polen aus dem Kongreß-Königreich und aus manchen ehemals polnischen Gebieten im Osten.

* * *

In Würdigung aller objektiven Grundlagen des polnisch-deutschen Bündnisses würde Polen gerne eine Militärkonvention mit Deutschland schließen. Eine Militärkonvention Polens mit Deutschland macht aber die polnischen Ostgrenzen gleichzeitig zu der ersten Verteidigungslinie der Mittelmächte gegen die russische Gefahr. Daraus folgt, daß es im deutschen Interesse liegt, daß diese Ostgrenze eine strategische sein soll. Im Interesse der Zentralmächte liegt es, daß Brest, der strategische Schlüssel zu den polnischen Ländern, nicht in russischer Hand verbleibe; was man in Brest der Ukraina zuerkannt hat, das wurde dem zukünftigen Rußland zuerkannt, denn die Ukraina ist weiter nichts wie ein Nebel, aus dem sich das zukünftige Rußland herausbilden wird.

Polen könnte für die territorialen Erwerbungen im Osten, entsprechend der Größe derselben, finanzielle Verpflichtungen in Deutschland übernehmen.

Als politische Garantie würde das gegen den Osten hinausgeschobene Polen gerne einen vom Deutschen Reiche zu bezeichnenden deutschen Fürsten als Monarchen annehmen.

Litauens Wirtschaftsleben.

Von Henryk Tennenbaum.

Zwischen dem Königreich Polen und Litauen besteht vor allem infolge der geographischen Nachbarschaft ein wirtschaftlicher Zusammenhang. Die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern sind überaus lebhaft und tragen einen eigentümlichen, sich von den Handelsbeziehungen mit Rußland unterscheidenden Charakter, so daß im Bewußtsein der Handelskreise Litauen als besonderes Gebiet fast nicht existiert, sondern für ein mit Polen vereinigstes Land gehalten wird.

In wirtschaftlicher Beziehung ergänzen diese beiden Länder einander wechselseitig, und eine Konkurrenz irgendwelcher Art findet beinahe auf keinem einzigen Gebiete statt. Soweit die Landwirtschaft in Frage kommt, ist das Königreich Polen ein Einfuhrland. Allerdings nimmt Litauen an der Versorgung des Königreichs keinen Anteil, was sich dadurch erklären läßt, daß Litauen keinen Getreideüberfluß für die Ausfuhr besitzt. Die Landwirtschaft steht auf einer niedrigeren Kulturstufe wie im Königreiche, hat aber gute Entwicklungsaussichten für die Zukunft, so daß sie mit der Zeit den Getreidemangel im Königreich Polen befriedigen könnte.

		Die Anbaufläche im Verhältnis zu der gesamten Bodenfläche	Ernteerträge vom Hektar in Doppelzentnern
Roggen,	Königreich . .	17,1	10,7
	Litauen . . .	10,1	7,3
Weizen,	Königreich . .	4,2	12,3
	Litauen . . .	0,5	9,5
Gerste,	Königreich . .	4,1	12 5
	Litauen . . .	2,2	8,8
Hafer,	Königreich . .	9,2	10.5
	Litaueu . . .	4,6	8,7
Kartoffeln,	Königreich .	8,5	97,0
	Litauen . .	2.7	64,4
Wiesen,	Königreich . .	7,4	24,7
	Litauen . . .	11,1	15,1

Die Ernteerträge waren im Jahre 1913 wie folgt (in 1000 Pud; 1 Pud = 40 Pfund = ca. 16,38 kg):

Gouvernement	Winter-Roggen	Winter-Weizen	Hafer	Sommer-Gerste
Grodno . .	20,5	1,5	10,3	3,2
Kowno . .	24.0	3,6	15,2	10,0
Wilno . .	20,6	0,5	10,4	5,4
Mińsk . .	26.6	1,2	15,1	6.3
Mohilew . .	24,8	0.2	12,1	4,1
Witebsk . .	17,6	0.2	10,2	6,5
	134,3	7,3	74,3	35,5

Die Viehzucht ist infolge der großen Viehweiden bedeutend. Ein Vergleich mit dem Königreiche Polen läßt das hervortreten:

auf 1000 Einwohner entfielen:				auf 1 □ km			
Pferde	Vieh	Schafe	Schweine	Pferde	Vieh	Schafe	Schweine
Königreich							
105.0	195.0	81,0	51,0	9,6	17,8	7,4	4,7
Litauen							
147,0	296,0	234,0	193,0	8,1	16,3	12,9	10.6

Das Königreich Polen führt, wie bekannt, eine große Anzahl von Vieh hauptsächlich aus Rußland ein. Infolgedessen wird Litauen für sein Rindvieh und Fleisch im Königreiche ein Absatzgebiet finden.

Den größten Reichtum Litauens machen dessen Wälder aus. Das Holz wird hauptsächlich als Bauholz nach dem Ausland über den Njemen, das Flußgebiet der Weichsel und die Häfen des Baltischen Meeres ausgeführt.

Die Industrie in Litauen ist im Vergleich zum Königreich Polen nur schwach entwickelt. — Der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters im Königreich beläuft sich auf 303 Rubel, in Litauen auf 232 Rubel.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug im Jahre 1913 (in 1000):

	Litauen		Königr. Polen
	Litauische Gouvernements	Weißruthenische Gouvernements	
Baumwollindustrie	243	461	69 262
Wollindustrie	9 852	265	62 190
Seidenindustrie	667	129	2 487
Leinen-, Flachs-. Hanf- und Juteindustrie	61	1 862	14 863
Gemischte Spinnerei- u. Webereiindustrie	1 652	55	16 864
Papier- u. polygraphische Industrie	2 969	4 018	10 427
Holzindustrie	3 104	7 670	13 051
Metallindustrie	5 384	2 238	52 415
Industrie der Steine und Erden	3 987	5 728	23 636
Lederindustrie	3 395	1 497	7 262
Nahrungsmittelindustrie	4 700	2 394	35 302
Chemische Industrie	590	3 169	8 561
andere Industrien	164	109	345
Insgesamt	36 768	29 595	316 665

Die Baumwollindustrie ist von geringerer Bedeutung, und Baumwollerzeugnisse werden meistenteils aus dem Königreich Polen eingeführt. Wollindustrie ist vertreten, und im Gouvernement Grodno ist sie sogar sehr ansehnlich. Als einziger Sitz derselben

gilt Białystok und seine Umgebung, wo jährlich 200 000 Pud Wolle verarbeitet wird, was ein Zehntel des Verbrauches derselben im Königreich Polen ausmacht. Besonders werden wollene Gewebe für Bekleidungszwecke, halbwollene und Gewebe für Servietten, Tischtücher usw. erzeugt.

Die Leinen- und Flachsindustrie beruht auf ziemlich entwickeltem Flachsanbau. Der Ertrag an Flachsfasern betrug im Jahre 1911:

Gouvernement	Wilno . . .	451,1	Tausend Pud
„	Kowno . . .	904,4	„ „
„	Mohilew . .	651.8	„ „
„	Grodno . .	248.1	„ „
„	Mińsk . . .	717,8	„ „
„	Witebsk . .	1025,4	„ „

Der Hauptsitz der Flachsindustrie ist das Gouvernement Witebsk, dann folgt das Gouvernement Mohilew. Erzeugt wird Leinengarn. Das Weberhandwerk ist nicht entwickelt. Die Leinengarnproduktion kommt der des Königreichs Polen gleich.

In Białystok und Umgebung werden im Zusammenhange mit der Wollindustrie halbseidene Plüschwaren erzeugt.

Der Waldreichtum bildet eine günstige Grundlage für die Entwicklung der Holzindustrie. Die Produktion von Sulfitzellulose existiert überhaupt nicht. Dies weist darauf hin, daß die Papierindustrie sich mit der Erzeugung von mittelmäßigen und geringeren Qualitäten begnügt, während im Königreich Polen das Hauptgewicht der Erzeugung auf bessere Qualitäten gelegt wird.

Die Holzindustrie beschäftigt sich mit der Herstellung von Halbfabrikaten, z. B. zersägtem Holz und dergleichen. In dieser Hinsicht besteht eine ansehnliche Ausfuhr. Die Möbelproduktion ist im Königreich sehr entwickelt, in Litauen ist sie unbedeutend.

Auf dem Gebiete der Metallindustrie ist Litauen ein wichtiges Absatzgebiet für das Königreich Polen. Da es weder Kohlen noch Erze besitzt, findet es einen Stützpunkt im Dąbrowaer Kohlengebiet. Steinkohlen und Hüttenerzeugnisse bezieht Litauen daher hauptsächlich aus dem Königreich. Für die Erzeugnisse der polnischen Eisenidustrie ist Litauen ein natürliches Absatzgebiet; Polen hat hier in der Rigaischen Industrie einen Konkurrenten, jedoch nur für bearbeitete Waren.

In Litauen konnten nur einige Zweige der Eisenidustrie entstehen, im Gouvernement Kowno wird gezogener Draht produ-

ziert, in den Gouvernements Kowno, Wilno und Grodno Draht aus gewalztem Eisen, Bau- und Maschinenguß wird in den Gouvernements Grodno, Kowno und Mińsk erzeugt, Gießereiprodukte im Gouvernement Kowno; Sensen im Gouvernement Wilno, Vorlegeschlösser und sonstige Türschlösser im Gouvernement Kowno und Wilno. Pflüge im Gouvernement Witebsk, Spinnereimaschinen im Gouvernement Grodno, Zigarettenmaschinen im Gouvernement Wilno. Die Metallindustrie in Litauen weist nur einige Zweige auf und beschäftigt in den litauischen Gouvernements 5400 Arbeiter, in den weißruthenischen 2200 Arbeiter, während diese Zahl sich im Königreich Polen auf 52 400 stellt; die Metallindustrie hat in Litauen keine günstigen Entwicklungsbedingungen. Auf diesem wichtigen Gebiete ist die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Litauen und dem Kongreß-Königreich klar und deutlich zu erkennen, und diese Abhängigkeit wird sich ohne bedeutende Schädigungen für beide Länder nicht zerreißen lassen.

Auf dem Gebiete der Industrie der Steine und Erden hat sich in den Gouvernements Wilno, Grodno und Mińsk eine Ziegeleiindustrie entwickelt, eine Kachelproduktion, besonders für Oefen, in den Gouvernements Mohilew und Witebsk, und diese Erzeugnisse werden in großen Mengen nach dem Königreich ausgeführt; eine Flaschen- und Glasproduktion minderwertiger Qualitäten besteht in den Gouvernements Wilno, Mińsk und Witebsk.

Auf dem Gebiete der Gerbereiindustrie hat sich die Ausgerbung von Ochsenhäuten für Sohlenleder und von Pferdehäuten in den Gouvernements Wilno, Grodno, Kowno, weniger in den Gouvernements Mińsk und Witebsk entwickelt. In dieser Hinsicht bildet Litauen mit dem Königreich ein einheitliches Gebiet.

Eine Zuckerproduktion gibt es in Litauen überhaupt nicht. Litauen bezieht seinen Zucker aus dem Königreiche.

Die Brauereiindustrie hat sich hauptsächlich in den Gouvernements Wilno und Kowno entwickelt, doch finden wir sie auch im ganzen Lande zerstreut. Aehnliches läßt sich auch über die Branntweinproduktion sagen, besonders viele Brennereien sind in den Gouvernements Grodno, Wilno, Mińsk und Mohilew vertreten.

In Litauen hat sich ebenfalls eine Hefeerzeugung entwickelt, und zwar ist dieselbe größer wie im Königreich. Die Hefe wird aus Litauen nach dem Königreich ausgeführt. Die Tabakindustrie

ist in ansehnlichem Umfange im Gouvernement Grodno vertreten, von wo aus Zigaretten in großen Mengen nach dem Königreich Polen geliefert werden.

Im Zusammenhang mit der Flachskultur hat sich eine Pflanzenölproduktion entwickelt; das Oel wird nach dem Königreich ausgeführt.

Auch eine Malzproduktion ist vorhanden; das litauische Malz wird dem Königreich zugeführt.

Das Müllerhandwerk ist noch nicht entwickelt. Litauen bezieht das Mehl aus Rußland in gleicher Weise wie auch das Königreich Polen. Wenn die Müllereiindustrie in Litauen gedeihen soll, muß die Konkurrenz des russischen Mehls dem Lande ferngehalten werden; diese Forderung gilt auch für die Landwirtschaft des Königreichs Polen.

Die Stärkefabrikation ist in der Entwickelung begriffen, und zwar haben sich die Stärkefabriken Litauens und des Königreichs Polen zu einem Verbande zusammengeschlossen.

Eine chemische Industrie existiert so gut wie nicht. Die Streichhölzerproduktion steht auf einer höheren Stufe wie im Königreich, das litauische Zündhölzer einführt. Eine ansehnliche Zündholzproduktion besteht im Gouvernement Mińsk, sie ist dreimal größer wie im Königreich Polen.

Was den Handel anbetrifft, so sind beide Länder, Litauen und das Königreich Polen, eng miteinander verbunden und stehen im scharfen Gegensatz zu Rußland.

Was die Zahlungsfähigkeit anbetrifft, so nehmen das Königreich und Litauen im Verhältnis zu Rußland eine höhere Stelle ein. In Ländern, die wirtschaftlich noch wenig entwickelt sind, wird der Wechsel hauptsächlich im Zahlungsverkehr der großen Firmen verwendet, in den wirtschaftlich mehr entwickelten Gebieten dringt er auch in die Verhältnisse des kleineren Handels und der Industrie ein; der Wechsel demokratisiert sich gewissermaßen. Die folgende statistische Zusammenstellung wirft auf diese Verhältnisse ein interessantes Licht.

Der durchschnittliche Betrag der in der Staatsbank und ihren Filialen diskontierten Wechsel betrug in den Jahren 1907, 1908 und 1909:

im Königreich Polen 195
in Litauen 232
in den russischen Ländern 508, 571, 638, 645, 697, 710, 724, 864, 1052, 1157

Zu ähnlichen Resultaten gelangt man, wenn man die Daten über die Wechseltermine betrachtet. Westeuropa kennt hauptsächlich nur dreimonatliche Wechsel, im Gegensatze zu Rußland; im Königreich Polen und in Litauen wird ein ähnlicher Wechseltypus vorgezogen.

Das prozentuale Verhältnis des Betrages der auf drei Monate ausgestellten und diskontierten Wechsel zu der Gesamtsumme machte im Königreich Polen 85% aus, in Litauen 66,4%, in sämtlichen Teilen Rußlands aber schwankt die Zahl zwischen 30—40%, und nur im Gebiet von Petersburg betrug sie 54%.

Die größten Wechseltransaktionen entfallen auf Litauen, das in dieser Hinsicht hinter dem Königreich steht und im ganzen Rußland nur vom Petersburger Gebiet übertroffen wird.

Die Angaben über die Zahl der in einem Gebiete diskontierten Wechsel, die aus einem Schuldverhältnis mit einer anderen Gegend, wo sie zahlbar sind, entstehen, gestatten sehr interessante Schlußfolgerungen. Man darf annehmen, daß z. B. ein im Königreich diskontierter und in Litauen zahlbarer Wechsel infolge einer aus dem Königreich nach Litauen erfolgten Warenausfuhr entstanden war, denn der Verkäufer diskontiert gewöhnlich einen Wechsel in demjenigen Gebiete, in dem er wohnt, desgleichen zahlt der Käufer das fällige Geld ebenfalls am Orte, wo er ansässig ist.

Die im Jahre 1909 außerhalb des Königreichs diskontierten und von diesem aber ausgestellten Wechsel betrugen 6,1 Millionen Rubel, wovon auf Litauen 4,6 Millionen Rubel entfielen. Die im Königreich Polen diskontierten und außerhalb seines Gebietes zahlbaren Wechsel machten 126,7 Millionen Rubel aus, wovon auf Litauen 28,6 Millionen Rubel entfielen. Mit anderen Worten: die weitaus lebhaftesten Handelsbeziehungen, wenn man als Exponent den mittelbar oder unmittelbar von der Staatsbank gewährten Wechselkredit betrachtet, bestehen zwischen dem Königreich Polen und Litauen.

Was die Kreditverhältnisse anbetrifft, so befindet sich die Landgüterbank mit einer Pfandbriefemission von 1415 Millionen Rubel gänzlich in polnischen Händen. Aehnliches, wenn auch nicht im gleichen Umfange, läßt sich auch von den Bank-Gesellschaften in Wilno und Mińsk sagen, die mit langfristigem Staatskredit arbeiten.

Die mit Erteilung kurzfristigen Handelskredits arbeitende Privatbank von Wilno ist ebenfalls in polnischen Händen.

Der hervorragende Anteil der Polen in den Kreditinstitutionen ist damit zu erklären, daß die Polen in allen Unternehmungen, sowohl sozial-ökonomischen als auch staatspolitischen, das am meisten schöpferische Element bilden.

Diese Tatsache bedingt einen ununterbrochenen wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Litauen und dem Königreich Polen.

Litauen ist ein überwiegend ackerbautreibendes Land, zeigt aber auf diesem Gebiete keine Expansionskraft. Es exportiert Pflanzenöle und Spiritus. Die Viehzucht ist ziemlich entwickelt, steht aber gleichfalls auf keinem höheren Niveau. Die Hauptposition der Einfuhr ist das halbbearbeitete Holz.

In industrieller Hinsicht bildet Litauen eine Fortsetzung des Königreiches, weil es sich auf die Steinkohlen- und Eisenerzgruben von Dąbrowa stützt.

Hinsichtlich der Gerbereiindustrie bildet es mit dem Königreiche ein einheitliches Gebiet.

Ueberhaupt ist die litauische Industrie schwach entwickelt. Was die Zahlungsformen betrifft, steht es dem Königreich nahe. Zwischen beiden Ländern herrschen lebhafte Handelsbeziehungen. Was die Kreditverhältnisse anbetrifft, so befinden sich die wichtigsten Institute in den Händen der Polen.

In wirtschaftlicher Hinsicht ergänzen sich Litauen und das Königreich wechselseitig. Als Zement dient das polnische Element, das im Wirtschaftsleben Litauens den organisatorischen Faktor bildet.

Politische Aphorismen.

Von Wincenty Rzymowski.

1.

Nicht derjenige ist ein Freund Polens, der seinen Hoffnungen schmeichelt, sondern wer Polens Kräften Rechnung trägt.

2.

Deutschland wird vielleicht aus diesem Kriege ein großes Dankbarkeitsgefühl für Rußland davontragen, weil dieses ihm die Friedenshand entgegengestreckt hat.

Aber die vollste Achtung wird es bewahren für — Frankreich.

3.

Wie lange werden wir noch in dieser ungeheuerlichen Grausamkeit der Lüge ersticken?

Wenn der Soldat auf der einen Seite der Frontlinie kämpft und unter der Fahne des Vaterlandes fällt, so ist er ein Ritter der Zivilisation und Gerechtigkeit; wenn er im Blute schwimmt und stirbt auf der anderen Seite, so ist er ein Räuber und Mörder?!?

4.

Ihr sagt, daß die Politik, die Philosophie, die Poesie und Kunst Teilgebiete des Lebens sind, auf denen ein praktischer Mensch seine Kraft nicht betätigen soll.

So wisset, daß das Praktische im Leben darin besteht, daß man vor konkrete Aufgaben Energien vorspannt, von denen Krämerseelen keine Ahnung haben.

Wer ist denn praktischer wie ein Deutscher?

Und die Deutschen haben doch ihre Bajonette an Kants Kritik der reinen Vernunft geschärft!

„Die Bürger des polnischen Staates“.

Von Iza Moszczeńska.

In der deutschen Presse (Berliner Tageblatt vom 17. Mai 1918) erschien eine Mitteilung, die in sehr beredter Weise die Ungunst der gegenwärtigen politischen Lage der Staatsbürger des Königreichs Polen illustriert.

Vor dem Schöffengericht in Crefeld stand ein polnischer Arbeiter, der wegen eigenwilligen Verlassens seiner Arbeitsstätte angeklagt war. Er hatte es unternommen, zu Fuß nach der Heimat zurückzukehren. Als „feindlicher Ausländer“ hatte er kein Recht, seinen Wohnort ohne Erlaubnis zu verlassen. Der Angeklagte brachte zu seiner Verteidigung vor, daß am 4. April, als er seine Reise unternommen hatte, bereits der Friede mit Rußland geschlossen war, und daß er also nicht mehr zu den „feindlichen Ausländern“ gerechnet werden durfte. Das Schöffengericht berücksichtigte aber dieses Argument nicht, denn der Arbeiter stammte aus dem Königreich Polen, das als Randstaat in den Frieden mit Rußland nicht eingeschlossen war. In der Urteilsbegründung hieß es: „Andere Randstaaten, wie die Ukraina oder Finnland, haben sich als selbständige Staaten konstituiert und haben mit den Zentralmächten Friedensverträge geschlossen. Polen hat das bis jetzt nicht getan, seine Bürger können daher noch als feindliche Ausländer angesehen werden. Der Krieg wird nicht dann zu Ende geführt, wenn die Kampfhandlungen aufhören, sondern wenn der Friede abgeschlossen ist.“

Die Logik des Crefelder Schöffengerichts ist zwar etwas seltsam; der „Vorwärts“ hat aus ihr die Schlußfolgerung gezogen, daß Deutschland nach dieser Logik sich noch bis zum heutigen Tage im Kriege mit Elsaß-Lothringen befindet — aber man kann den Crefelder Richtern nicht eine gewisse Gradlinigkeit der Beweisführung, diktiert durch Nützlichkeitsgründe, absprechen. Wer könnte auch heute feststellen, zu welcher Kategorie die polnischen Bürger, in Anbetracht der vielen Kriegsvorschriften, hinzuzuzählen wären? Jener Arbeiter hat sich noch nicht als Bürger des polnischen Staates betrachtet, dem der Brester Vertrag die Bewegungsfreiheit

wiedergegeben hat. Ob er mit Absicht den Akt des 5. November ignorierte oder ob er von ihm nichts gewußt hat, darüber schweigt die Nachricht in der Presse. Auf jeden Fall kommen ihm aber aus Anlaß der polnischen Staatsbürgerschaft noch gar keine Rechte zu. Er ist in Deutschland nicht eingebürgert und hat an dem Schutz der deutschen Gesetze keinen Anteil; er genießt keinen amtlichen Schutz seitens der offiziellen Organe der eigenen polnischen Regierung oder der vertretungsweise diese Funktion innehabenden neutralen Gesandtschaften. Die russische Regierung braucht es nicht mehr, ihn zu verteidigen, die spanische kommt nicht mehr in Frage, die polnische Regierung ist leider noch nicht in der Lage, diese ihre Pflicht auszuüben.

Die Freiheit, die der Akt des 5. November ihm gebracht hat, kommt bis heute nur darin zum Ausdruck, daß er keines Staates Bürger ist; es ist dies eine rein negative Freiheit.

Mit der Regierungsgewalt sind gewisse Pflichten untrennbar verbunden. Keine Regierung in der Welt darf das Schicksal der Völker, die ihr unterstehen, ignorieren, ebenso auch nicht das Schicksal der einzelnen Angehörigen dieser Völker, ob sie in der Heimat oder im Auslande leben. Es gibt internationale Angelegenheiten, die sofort auf irgendeiner Basis entschieden werden müssen, sie mögen auch manchmal nur ganz geringfügiger Natur sein oder Einzelpersonen betreffen. Denn nicht nur für das einzelne Individuum werden solche Angelegenheiten oft zu Fragen von Tod oder Leben: in millionenfacher Widerspiegelung verwandeln sie sich in ein schweres Fatum, das über dem ganzen Volke schwebt. Worauf stützen sich die Rechte der polnischen Staatsbürger? Wer und auf welcher Grundlage soll sie schützen? Was ist der polnische Staat innerhalb des heutigen Europas? Wer und aus welchem Recht kann Polen gegenüber irgendwelche Verpflichtungen haben?

Daraus, daß Polen niemandem Krieg erklärt und mit niemandem Frieden geschlossen hat, geht an und für sich noch nicht hervor, daß es neutral ist. Wir müssen uns vor Augen halten, daß die Neutralität nicht lediglich vorausgesetzt, sondern auch ausgesprochen und durch Verträge ge-

sichert werden muß. Aus der Neutralität ergeben sich verschiedene positive Verpflichtungen, die Polen niemals auf sich genommen hat, weil es sie gar nicht erfüllen konnte. Der Bürger des polnischen Staates kann sich deshalb auch nicht auf die Neutralität seiner Regierung berufen oder sich zu seinem Schutz auf die zum Schutz neutraler Ausländer bestehenden Vorschriften berufen. Der polnische Bürger ist also auch weiterhin wie jener symbolische „nackte Mensch" in einer Erzählung Zeromskis, ein Individuum ohne Haus, ohne Schutz, ohne Boden unter den Füßen. So spiegelt sich im Schicksal des Einzelnen das große Fragezeichen, das über dem Schicksal der ganzen Nation gestellt ist!

Der Krieg hat breit und tief die polnische Erde durchpflügt und ihre Kinder in die ganze Welt zerstreut — aber schon lange Jahre vor dem Kriege waren sie wie das herabgefallene Laub auf fremdem Feld. Bis in die entfernstesten Winkel des Erdglobus lief die Mär von dem wiedererstandenen Vaterland, die Nachricht, daß der Bau, der für alle Polen zum Vaterhaus werden soll, wieder aufgerichtet wird.

Jeder möchte jetzt unter das gemeinsame Dach zurückkehren, möchte dorthin gelangen und endlich bei sich selbst sein.

Hunderttausende von Saisonarbeitern hat der Krieg in der Fremde zurückgehalten. Viele tausende sind auf beiden Seiten der Fronten in Gefangenschaft geraten. Die Evakuierten und Flüchtlinge zählen schon nach Millionen. Auch die früheren Emigranten, aus dem unterjochten Polen, möchten in das befreite Vaterland zurückkehren, und außerdem sind auch noch politische Gefangene und Verbannte da, von denen Rußland ungeheure Transporte nach dem fernen Osten geschafft hatte, als der Krieg ausgebrochen war.

Alle diese Menschen, die früher unter fremdem, oft sie benachteiligendem Recht standen, wollen heute die Rechte freier Menschen haben. Sie stehen außerhalb des Rechtes, weil das Schicksal der Nation in der Schwebe steht und weil es in Polen noch keine Regierung gibt, der das Recht zugesprochen wäre, für die polnischen Staatsangehörigen einzutreten und ihre Rechte zu verteidigen.

Professor Johannes Haller-Tübingen als „Kenner“ der Ukraina.

I.

Einst genügte es, sich auf einen deutschen Gelehrten zu berufen, um sich in den wissenschaftlichen Kreisen der osteuropäischen gebildeten Welt Ansehen zu verschaffen. Es genügte einem Hörer der Geschichte an irgendeiner Universität Osteuropas, zu wissen, daß Professor X. oder Y. ein Schüler Sickels, Breslaus, Delbrücks oder Max Lehmanns sei, um das betreffende Kolleg zu belegen. Seminararbeiten bei Professoren wie Belov, Seeliger, Bornhak usw. galten beinahe als entscheidende Stufen beim Eintritt in die Professorenkarriere. Denn nur die deutschen Gelehrten, so dachte man dort, seien durch ihren Hang zur Sachlichkeit imstande, den höchsten Grad der wissenschaftlichen Objektivität zu erreichen; nur ein deutscher Historiker sei imstande, geschichtliche Tatsachen so „wie es tatsächlich war“ zu rekonstruieren. Denn über ihnen allen schwebte der Geist der Altmeister der deutschen Geschichte, Niebuhr, Ranke und seiner Schule, die mit einem so seltenen Scharfsinn methodische Kritik geübt hatten.

Nun haben sich aber während der Kriegsjahre mehrere Erben dieses rückhaltslosen Vertrauens, das jenes große Geschlecht angesammelt hatte, ihrer großen Vorgänger unwürdig gezeigt. Sehr wenige von ihnen fanden in sich die innere Kraft, der schreienden Gasse zuzurufen: „noli turbare circulos meos!“ Im Gegenteil, sie stiegen willig zu der Menge hinunter. . . .

Jenes große Geschlecht von Historikern hat seinen deutschen Einheits- und Kaisergedanken in einer anderen Weise geträumt, als es die gegenwärtigen Verfechter des alldeutschen Weltmachtgedankens unter den Historikern tun. Jene erachteten es für ihre Aufgabe, im stillen und frommen Ernste die „Monumenta Germaniae historica“ zu bauen, und alles andere haben sie ruhig dem Bismarck, Moltke und Clausewitz überlassen. . . . Manche der gegenwärtigen Historiker wollten Treitschke nachahmen, haben der Welt aber eine Blöße

Deutschlands gezeigt, die ihm nicht viel Ehre einbringt. Sie haben gezeigt, daß dort, wo einst siedendes, den Gedanken befruchtendes Herzblut sprudelte, jetzt nur laues Wasser fließt....

— — — — — — — — — — — —

Professor Johannes Haller-Tübingen stand im Rufe eines angesehenen Gelehrten auf dem Gebiete der frühmittelalterlichen Geschichte, hat selbst Quellen zur Geschichte der Entstehung des Kirchenstaates herausgegeben und eine Reihe von Publikationen über Heinrich den Löwen, das Konzil von Basel usw. veröffentlicht, woraus zu entnehmen wäre, daß er durchaus in den Traditionen jener Böhmer, Mühlbacher, Dümmler und Sickel aufgewachsen sei, die in der kritischen Durchforschung der Geschichtsquellen ihre wesentliche Aufgabe sahen und die durch das Streben nach zuverlässiger und unverfälschter Kunde über alles dies, was einst geschehen war, groß geworden waren. Leider müssen wir feststellen, daß Professor Haller von diesen Traditionen abgewichen ist.

Während der Kriegszeit hat Herr Professor Haller sich auf das ihm bis dahin unbekannte Gebiet der osteuropäischen Geschichte begeben und hat z. B. über die Ukraina eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, die wir als Geschichtsfälschungen bezeichnen müssen.

Professor Haller hat in der „Osteuropäischen Zukunft" (Heft 1 vom 1. Januar 1916) einen Aufsatz veröffentlicht unter dem Titel „Das ukrainische Problem", in dem er die Geschichte der Ukraina und des ukrainischen Problems bis zum Jahre 1906 schildert und dann auf Seite 2 folgende Behauptung aufstellt:

„Da kam auch für Rußland die „Befreiung", und das Jahr 1906 brachte den Ukrainern mit der Aufhebung der früheren Beschränkung die Möglichkeit, sich in einer Volksvertretung zu betätigen. Der Gebrauch, den sie von ihrem Wahlrecht machten, war für Petersburg eine Ueberraschung. Die 62 Abgeordneten des Landes taten sich zu einem Klub zusammen und forderten als erstes — Autonomie! Das war der Grund zum Staatsstreich Stołypins: die Duma wurde aufgelöst und das Wahlrecht geändert. Der kaiserliche Ukas

vom 16. Juni 1907 ist darüber ganz deutlich. „Die Reichsduma, die zur Festigung des russischen Reiches geschaffen ist, muß auch ihrem Geist nach russisch sein. Die anderen Völkerschaften, die zu unserem Reiche gehören, sollen in der Reichsduma Vertreter ihrer Bedürfnisse haben, aber sie sollen und werden nicht in einer Zahl erscheinen, die ihnen die Möglichkeit gibt, in rein russischen Fragen ausschlaggebend zu sein. In den Grenzmarken . . . müssen die Wahlen zeitweilig eingestellt werden.“

Die Ukraina hatte ihr Wahlrecht verloren. Seitdem sitzt kein Ukrainer mehr in der russischen Duma. Man wird zugeben, daß es ein ukrainisches Problem, sogar eines von nicht geringer Bedeutung geben muß, wenn die russische Regierung für nötig hält, seinetwegen einen Staatsstreich zu machen und das Wahlrecht zu ändern.“

So konstruieren Professoren ein „Problem“!

So viele Worte, so viele Unrichtigkeiten! Es ist einfach nicht zu glauben, daß die berühmte Objektivität der deutschen Wissenschaft durch einen Universitätsprofessor so zum Spott gemacht werden kann.

Denn wie stellt sich die Wirklichkeit dar, von der der Tübinger Professor spricht?

Die Zusammensetzung der zweiten Duma war die folgende:

Reaktionäre Opposition:	Parteilose Rechte	50	Mitglieder
	Rechte	100	„
	Oktobristen	26	„
Zentrum:	Polenklub	46	„
	Mohamedaner	20 (25)	„
	Partei für Nationale Freiheit (K.-D.)	97	„
Opposition der Linken:	Arbeits-Gruppe (Trudowiki)	58	„
	Bauernbund	14	„
	Parteilose Bauern	15 (20)	„
	Sozialrevolutionäre	38	„
	Volkssozialisten	13	„
	Sozialdemokraten	52	„

Das innere Hauptmerkmal der zweiten Duma war der in ihr vor sich gehende konstitutionelle Kampf, das äußere Merkmal aber, daß sie, bei einem sehr schwachen Zentrum, zwei radikale Flügel aufwies, die eine unbedingte Opposition betrieben. Die Rechte bekämpfte die Duma, die Linke — die Regierung. Die Taktik der Rechten beruhte auf dem Provozieren innerhalb der Duma, sie wollte die Duma von innen heraus sprengen und dadurch das parlamentarische System vor Rußland diskreditieren; der russischen Regierung sollte dadurch Material zur Abschaffung der Konstitution geliefert werden. Provokateure dieser Art waren die Abgeordneten Kruschewan, Purischkewitsch, Schulgin, Bobrinskij, Krupjenskij und andere. Die Taktik der Linken wieder wollte aus der Duma eine Tribüne für Agitationen und Demonstrationen machen, von wo aus man die Regierung in den Augen des Volkes diskreditieren könnte. Die einen wollten die Rückkehr des Absolutismus, die anderen trieben zur Revolution. Das Zentrum, das die Duma erhalten und stärken wollte, war sehr schwach; es zählte kaum 160 Stimmen. Außerdem hatte der Polenklub, der zu diesen 160 Stimmen gehörte, sich auch innerhalb dieser Gruppe freie Hand vorbehalten.

Was die Regierung betrifft, so hätte sie, selbst wenn sie damals mit der Duma arbeiten wollte, dennoch keine arbeitsfähige Mehrheit gefunden. Aber Stolypin dachte an eine solche Arbeit gar nicht, er suchte vom ersten Augenblick an nach einem Vorwand zur Auflösung der Duma. Er wahrte allerdings europäische Formen, im Gegensatz zu Goremykin in der ersten Duma, der das Parlament vollständig ignorierte. Am 19. März 1917 hat er in der Duma ein längeres Exposé verlesen, in welchem besonders jener Passus, in dem Stolypin die Rechtmäßigkeit der auf Grund des § 87 der Grundgesetze während des Dumainteregnums erlassenen Vorschriften begründete, das größte Interesse erweckt hat. Nach ihm sprach der Sozialdemokrat Zeretelli und griff die Regierung wegen ihres unkonstitutionellen Vorgehens aufs heftigste an. Und nun, als es sich herausstellte, daß die ganze Duma auf Seite Zeretellis stand, warf Stolypin die Maske ab und rief:

„Ich bin genötigt, den Herren zu erklären, daß es nach dem Willen des Monarchen an dieser Stelle weder Richter, noch Angeklagten gibt, daß dies (auf die Ministersitze hinweisend) keine Anklagebänke sind, sondern der Platz der Regierung. Ich stelle fest, daß nach dem Willen des Monarchen der Duma das Recht, die Regierung zu verurteilen oder ihr ein Mißtrauensvotum zu erteilen, nicht zusteht."

Stolypins Erklärung wurde zum Ausgangspunkt einer ganzen Reihe sehr langer und nicht enden wollender Diskussionen über k o n s t i t u t i o n e l l e Fragen. Ohne Rücksicht auf den Gegenstand der Beratungen: ob Lebensmittelangelegenheiten, Arbeitslosigkeit, Hungerrevolte in irgendeinem Gefängnis — immer endete die Debatte in dem Streit um die K o n s t i t u t i o n. Die Sozialisten verlangten, die Duma solle sich in ein Ausführungsorgan verwandeln und überallhin ihre Kommissare entsenden, die die Einhaltung der von der Duma beschlossenen Gesetze kontrollieren sollten, weil den Organen der Stolypinschen Regierung kein Vertrauen entgegengebracht werden könne. Die Rechte forderte die Auflösung der Duma, als einer Frucht der Revolution. Schließlich stellte sie den Antrag, die Duma solle die terroristischen Attentate verurteilen; für einen solchen Antrag wollten jedoch sogar die Kadetten nicht stimmen. . . . Hilflos stand das kadettische Zentrum mit seinem Programm der Erhaltung der Konstitution und der Duma zwischen den beiden unversöhnlichen Mächten — zwischen dem Absolutismus und der Revolution.

Das Fortbestehen der Duma wurde zu einer Unmöglichkeit. Nach einigen Wochen der weiteren Beratungen wurde es zur Gewißheit, daß man die Duma auseinanderjagen wird. Aus den Aeußerungen der Minister und der Regierungspresse konnte man auch schon entnehmen, daß für die Regierung fünf Vorwände für die Dumaauflösung in Frage kommen werden. Es waren dies:

1. Annahme eines Antrages betreffend Zwangsenteignung des Bodens nach den Grundsätzen der ersten Duma.

2. Ein Angriff auf die Vorrechte der allerhöchsten Stelle.

3. Ablehnung des Budgets, eventuell Nichtbestätigung der Anleihe.

4. Annahme einer Resolution betreffend die Verantwortlichkeit der Minister vor dem Parlament.

5. Anknüpfung einer Verbindung zwischen der Duma und den sozialen Organisationen außerhalb derselben.

Die Regierung benutzte jedoch eine andere Gelegenheit. Am 1. Juni erschien Stolypin in der Duma mit der Forderung der Auslieferung mehrerer sozialistischer Abgeordneter, die unter dem Verdachte standen, innerhalb des Heeres eine militär-revolutionäre Organisation gegründet zu haben. Die Duma beriet über diesen Antrag sehr eifrig den ganzen 1. und 2. Juni über; da die Diskussion noch nicht beendet war und der 3. auf einen Sonntag fiel, wurde beschlossen, die Beratungen am 4., einem Montag, fortzusetzen. Es stand aber bereits fest, daß die Duma ihre Mitglieder nicht ausliefern wird. Am 3. Juni, an einem Sonntage, wurde die Duma durch einen Zarenukas aufgelöst, und die verdächtigten Abgeordneten (Sozial-Revolutionäre und Sozialdemokraten) wurden verhaftet; d. h. wenigstens diejenigen von ihnen, die sich nicht rechtzeitig durch Flucht in Sicherheit gebracht hatten. Eine neue Wahlordnung wurde proklamiert.

Wir sehen also, daß der ganze Inhalt der Existenz der zweiten Duma der Kampf um die Konstitution war, und daß die Duma in diesem Kampfe fiel.

Unrichtig ist also die Behauptung des Herrn Professor Haller, daß die zweite Duma wegen der Autonomieforderung der Ukrainer gefallen sei. Der Kampf um die Konstitution, für die die Linke größere Garantien forderte, während die Rechte ihre vollständige Beseitigung verlangte, war die Veranlassung zum Staatsstreich.

Das wollen wir in den vorstehenden Ausführungen zuerst als unumstößliche Tatsache feststellen, daß der Staatsstreich Stolypins nicht wegen der Autonomieforderung irgendeines Stammes, wie Professor Haller behauptet, erfolgte, sondern

der agressive Andrang der freiheitlichen Elemente in der Duma ohne jegliche nationalen Unterschiede, der sich in der Aufstellung konstitutioneller Garantien für das ganze Kaiserreich äußerte, war der Grund.

Ueber die Rolle der Nationalitätenfragen in der Duma werden wir uns im nächsten Kapitel an Hand von Dokumenten und Tatsachen verbreiten.

(Fortsetzung folgt.)

NOTIZEN.

Politisches.

Polenklub und Regierung in Oesterreich. Am 9. ds. Mon. ist in Krakau die parlamentarische Kommission des Wiener Polenklubs zusammengetreten, um über die allgemeine politische Lage zu beraten. Ueber die näheren Vorgänge in dieser zweitägigen Konferenz liegen noch keine genaueren Nachrichten vor. Als Resultat der Beratungen wurden folgende Beschlüsse angenommen:

1. Das Präsidium wird von der parlamentarischen Kommission ermächtigt, Verhandlungen mit den parlamentarischen Gruppen anzuknüpfen, die wirksame Garantien gegen das Attentat auf die Unteilbarkeit Galiziens bieten, den Schutz der von der russischen Herrschaft befreiten Länder vor Annexionsabsichten sowie die Erfüllung aller vom Polenklub der Regierung gegenüber gestellten Landesforderungen sichern würden. Das Ergebnis der Verhandlungen wird dem Polenklub zur Genehmigung vorgelegt werden.

2. In Anbetracht dessen, daß die Regierung Dr. v. Seidler der polnischen Frage gegenüber eine direkt feindselige Haltung eingenommen hat, daß sie seit Beginn ihrer Tätigkeit, trotzdem der Polenklub dreimal die Annahme des Budgets im Reichsrate ermöglicht hat, trotz kategorischer Zusagen nicht einmal die aus der Pflicht des Staates gegenüber den Staatsbürgern fließenden Forderungen des Polenklubs erfüllt hat, daß sie in krasser Weise die Grundlagen der Erhaltung eines Friedens zwischen den Nationalitäten während des Krieges zerrüttete, daß sie in hohem Grade das parlamentarische Leben untergrub, daß sie das Staatsbewußtsein lahmlegt, erklärt sich die am 9. und 10. d. M. in Krakau tagende parlamentarische Kommission im Interesse des Staates für die Entfernung der Regierung Dr. v. Seidler.

3. Die parlamentarische Kommission fordert unbedingt die schleunige Einberufung des Reichsrates und protestiert im vorhinein gegen alle Gelüste, ohne parlamentarische Kontrolle regieren zu wollen.

4. Der Termin und der Ort der nächsten Klubsitzung wird dem Präsidium mit dem Beifügen anheimgestellt, daß auf die

Tagesordnung der nächsten Vollversammlung die Wahl des Klubobmannes zu stellen ist.

Der Reichsverband der österreichischen Industrie zur Polenfrage. Der Reichsverband der österreichischen Industrie hat in seiner Sitzung vom 9. d. M. unter anderem folgende Resolution beschlossen:

Die Lösung der polnischen Frage muß im österreichischen Sinne erfolgen. Hierdurch wird das Verhältnis Galiziens zu Oesterreich eine tiefgehende Veränderung erfahren müssen. Da die österreichische Industrie auf ein so großes Produktions- und Konsumgebiet wie Galizien ohne Erschütterung ihrer Grundfesten nicht verzichten kann, verlangt sie eine Zollunion zwischen der Monarchie und dem neu zu schaffenden Staat.

Eine Gründung einzelner Zweige unserer Produktion, welche infolge des Zuwachses der Erzeugnisse der polnischen Industrie entstehen könnte, ist durch handelspolitische Abmachungen mit den früheren Absatzländern der polnischen Industrie sowie durch andere geeignete Maßnahmen abzuwenden.

Die Leitsätze in der Frage des Wirtschaftsverhältnisses zum Deutschen Reiche wurden mit überwiegender Mehrheit angenommen. Anträge, welche die Regelung des Wirtschaftsverhältnisses im Sinne einer Zollunion oder zumindest eine Vorbereitung zur Zollunion verlangten, erhielten nur wenige Stimmen.

Die Stellungnahme in der polnischen Frage fand einstimmige Zustimmung der Versammlung.

Ungarn und die Polenfrage. Das ungarische Regierungsorgan „Pesti Hirlap“ vom 5. Juni d. J. bringt über die Polenfrage einen Leitartikel, in dem erklärt wird, daß Ungarn die polnischen Bestrebungen nach Erreichung eines selbständigen und unabhängigen polnischen Staates und einer nationalen polnischen Armee mit aller Kraft unterstützen werde. Ungarn ist auch mit einer Personalunion Polens mit der Monarchie einverstanden. Eine logische Konsequenz dieses Einverständnisses wäre aber, daß Ungarn die gleiche Selbständigkeit und Unabhängigkeit erhalten muß, wie das neue Polen. Wenn weiter das neue Polen in eine Personalunion tritt, so müssen auch die beiden früheren Staaten der Monarchie ein ähnliches staatsrechtliches Verhältnis zueinander eingehen. Für diesen Staatenbund muß eine entsprechende Formel gefunden werden, die in der Zukunft jede Reibungsmöglichkeiten ausschließt. Deshalb müßten die gemeinsamen Angelegenheiten sich nur auf die unumgänglich notwendigen Dinge erstrecken. Vielleicht wird sich auf einer solchen Grundlage auch das Verhältnis Oesterreichs zu Ungarn freundlicher gestalten. Wir müssen eine Politik betreiben, die einer Großmacht würdig ist, und der Rahmen eines solchen Großmachtbundes muß derartig sein, daß wir innerhalb desselben unseren einheitlichen ungarischen Nationalstaat ganz aufbauen können. Es

liegt dies in erster Linie im Interesse Ungarns, aber auch im Interesse eines jeden Mitgliedes des Verbandes, und auch im Interesse sämtlicher zentralen Mächte. Es ist auch durchaus verständlich, daß die ungarische Regierung die definitive Lösung der bosnischen und dalmatinischen Frage verlangt, weil in Verbindung damit der ungarische Zugang zum Meere steht. Ungarn braucht einen wirklichen Hafen und einen wirklichen Zugang zur See, der die Weiterentwicklung Ungarns auf ganze Jahrhunderte sichern wird.

Die Virilisten des Polnischen Staatsrates. Der Regentschaftsrat ha folgende Virilisten als Mitglieder des Polnischen Staatsrates bestätigt: die römisch-katholischen Bischöfe S. Zdzitowiecki, J. Nowowiejski, J. Ryx und A. Losiński, den evangelisch-augsburgischen General-Superintendenten J. Bursche, den evangelisch-reformierten Superintendenten Semadeni, den Präsidenten der jüdischen Gemeinde M. Bergson, den Universitätsrektor Dr. A. Kostanecki, den Rektor der Technischen Hochschule Dr. J. Zawidzki und den Oberpräsidenten des Höchsten Gerichts S. Srzednicki.

Zur Internierung Władysław Grabskis. In unserer vorigen Nummer berichteten wir über die Internierung des aus Rußland nach Polen zurückgekommenen Herrn W. Grabski. Der „Kurjer Poznański“ vom 30. Mai d. J. tritt der Nachricht entgegen, daß W. Grabski ein Führer der Nationaldemokratie gewesen sei. Es liegt hier eine Verwechlung mit seinem Bruder, dem Lemberger Professor Stanisław Grabski, vor, der allerdings in der national-demokratischen Partei eine führende Rolle gespielt habe. Władysław Grabski sei durchaus kein Nationaldemokrat, er näherte sich in der letzten Zeit sehr der aktivistischen Richtung und habe wiederholt geäußert, daß er sich vom politischen Leben der Gegenwart fernzuhalten beabsichtige. Nach dem „Kurjer Poznański“ soll hier ein Mißverständnis oder eine irrtümliche Information vorliegen.

Aus Polens Leidenschronik. In der vorigen Nummer berichteten wir über die Auflösung des Korps Dowbór Muśnicki in Weißruthenien. Jetzt meldet das Wiener K. K. Telegraphen-Korrespondenz-Büro, daß am 8. Juni d. J. im Marmaros-Sziget die Hauptverhandlungen gegen eine Anzahl Angehöriger des aufgelösten polnischen Hilfskorps begonnen haben. Die Veranlassung zu den betrübenden Vorgängen, über die in Marmaros-Sziget verhandelt wird, war die unglückselige Bestimmung des Brester Vertrages, die uraltes polnisches Land mit ganz überwiegend polnischer Bevölkerung der sich inzwischen als Fiktion erwiesen habenden Ukraina zusprach. Die ungeheure Erregung und Erbitterung, die sich wegen dieser Ungerechtigkeit in dem Friedensvertrage der ganzen polnischen Nation bemächtigte, entlud sich bei dem polnischen Hilfskorps in jenen bedauernswerten Vorgängen, die zu der jetzigen Kriegsgerichtsverhandlung geführt haben.

Auch die polnischen Truppenabteilungen in der Ukraina haben sich kürzlich aufgelöst.

Die polnische Provinzpresse Am 26. und 27. Mai hat in Warschau die vom Verband für den Aufbau des polnischen Staates einberufene Tagung der polnischen Provinzpresse stattgefunden. An der Tagung nahmen Vertreter der Zeitungen beider Okkupationsgebiete teil. Mit Ausnahme von Radom waren alle Städte vertreten, die eine eigene Presse haben.

Folgende Resolution wurde angenommen:

1. Die Tagung der Provinzpresse des Königreichs Polen stellt fest, daß die wichtigste nationale Aufgabe der Gegenwart darin besteht und bestehen muß, daß an dem schleunigsten Aufbau des polnischen Staates gearbeitet werde.

2. Die Bemühungen der polnischen Regierung, die einen schnellen Aufbau des Staates anstreben, werden die Unterstützung der Provinzpresse finden, ebenso alle Maßnahmen, die die Bildung eines polnischen Heeres auf dem Wege der Rekrutierung betreffen, denn ohne ein eigenes Heer wird die unabhängige Existenz des Staates immer problematisch bleiben.

3. Die Tagung der Provinzpresse des Königreichs Polen entbietet ihren brüderlichen Gruß der ganzen polnischen Presse und ihren sämtlichen Berufsorganisationen.

Wirtschaftliches.

Der Städteverband im Königreich Polen. Sehr glücklich entwickelt sich der Ende des vorigen Jahres gegründete Verband der polnischen Städte. Kürzlich sind 6 weitere Städte beigetreten: Chmielnik, Tomaszów - Mazowiecki, Zduńska Wola, Bendzin, Płońsk und Kałuszyn, so daß gegenwärtig 55 Städte dem Verbande angehören. Auf der letzten Verbandssitzung wurde über verschiedene wichtige Angelegenheiten beraten, wie Einsetzung lokaler Lustratoren (Instruktoren), Einrichtung eines hygienisch-technischen Büros bei dem Verbande, kommunale Steuerprobleme, Registrierung der Kriegsschäden, Streik der kommunalen Angestellten usw. Leiter des Verbandes ist Rechtsanwalt Adolf Suligowski.

Die Bergbautätigkeit im polnischen Okkupationsgebiet. In Polen sind vortreffliche wirtschaftliche Leistungen von seiten des österreichisch-ungarischen Militärgouvernements zu verzeichnen. Die Staatsforsten wurden für den Heeresbedarf und für die Behausung der im Kriege obdachlos gewordenen Bevölkerung herangezogen. Das Steinkohlenrevier wird durch das Militärbergamt ausgenützt; überhaupt ist der Kohlenbergbau Polens, unter österreichischer und deutscher Verwaltung mit den neuesten technischen Erfindungen versehen, im Aufblühen. Die Eisenindustrie, bei Kriegsausbruch außer Betrieb gesetzt, konnte sich weniger entwickeln, doch arbeiten

mehrere Hochöfen. Den privaten Eisen- und Hüttenwerken fehlt es an Rohstoff. Die Zinkerze von Olkusz werden im Lande selbst verhüttet. Das Militärgouvernement hatte große Schwierigkeiten zu überwinden, um eine genügende Arbeiterzahl erhalten und eine Abwanderung nach dem deutschen Verwaltungsgebiet in Polen und nach Preußisch-Schlesien zu verhindern; dies ist durch Steigerung der Löhne und durch die Beistellung von Lebensmitteln gelungen. Die Braunkohlenförderung fällt derzeit weniger ins Gewicht. Im Verwaltungsbezirk Petrikau befinden sich folgende Braunkohlengruben: Elka bei Lazy, Helena bei Ciągowice, Katharina bei Poremba, Kasimir in Biankowice, Nierada in Nierada, Theodor in Goluchowice. Vor dem Kriege sind auch in der Lodzer und Warschauer Gegend Braunkohlenflöze erbohrt worden; auch gegen die posensche Grenze zu befinden sich Braunkohlenlager, welche aber derzeit brach liegen. Dafür nimmt der Steinkohlenbergbau eine gute Entwicklung. Die im österreichischen Verwaltungsgebiet befindlichen Gruben sind Flora und Franz, Reden, Mortimer, Paris-Koszelew, Niwka, Klimontow, Kasimir-Jakob sowie kleinere Förderungen. Die Kohlengruben erzielen gute Erlöse. Die Gesamtsumme des jetzt in den Betrieben investierten Kapitals wird auf 200 Millionen Rubel bewertet. Im Gouvernement Kielce sind ferner im Sommer 1917 die dortigen Kupfer- und Bleilager in Ausbeute genommen worden, und zwar in der Gegend Miedzianka, Lysagora und Olkusz.

Die Beteiligung der Zivilbevölkerung an der 8. Kriegsanleihe im General-Gouvernement Warschau. Die „Deutsche Warschauer Zeitung" bringt in Nr. 145 vom 30. Mai d. J. folgende erfreuliche Mitteilung:

„Ganz besonders hervorgehoben zu werden verdient die erfreuliche Steigerung der Beteiligung der Zivilbevölkerung durch freiwillige Zeichnungen. Während bei der 7. Anleihe im ganzen nur 5535 Zivilpersonen mit etwa 7½ Millionen beteiligt waren, haben diesmal aus der Bevölkerung mehr als 14 000 Zeichner die stattliche Summe von 18 119 506 Mark aufgebracht."

Nekrologe.

Bronisław Piłsudski †. Der bekannte polnische Ethnograph Bronisław Piłsudski, der Bruder des Brigadiers, hat infolge eines Unglücksfalles in den Fluten der Seine bei Paris den Tod gefunden. Der Verstorbene galt als besonderer Kenner der eingeborenen Stämme des östlichen Sibiriens, mit denen er während seiner langen Verbannungszeit in nähere Berührung gekommen war.

Herausgeber: Dr. W. Schmidt, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: F. Zalachowski, Charlottenburg.
Druck: Otto Dreyer, Berlin W 57, Kurfürstenstraße 19.

Berliner Tageblatt. (16 II. 1918.)
Kein Politiker, der sich mit den Ostmarken beschäftigt, sollte es versäumen, seine Kenntnisse aus diesem Buche zu bereichern. Es ist eine wahre Fundgrube von bedeutsamem Material

Leipziger Tageblatt. (Nr. 88. 17. II. 1918).
Die Arbeit eines feurigen polnischen Patrioten und doch ein Buch, das mit wissenschaftlicher Objektivität und in ernster Gewissenhaftigkeit seinen Gegenstand zu erfassen sucht.

Die Hilfe. (2 V. 18.)
Das Buch ist eine Materialsammlung von so gewaltigem Reichtum, die nur der erstaunliche Fleiss und ausserordentliche Gründlichkeit des Verfassers zusammenbringen konnte.

„Wiek Nowy"-Lemberg. (Nr. 4959 vom 24. November 1917.)
„. . . Das neue Buch Feldmans über die politischen Ideen in Polen ist sehr zur Zeit erschienen. Es ist in deutscher Sprache herausgegeben, soll vornehmlich für Deutsche dienen, soll ihnen die Augen öffnen über manche bisher unbekannte Geheimnisse der polnischen Seele, und soll ihnen manches erklären, was während des gegenwärtigen Krieges in dem Verhalten der Polen den Deutschen unverständlich erschien. Da nun die Verblendung und das Vorurteil des deutschen Volkes über Polen durchaus keine gleichgiltige Sache ist, sondern im Gegenteil grosse Wichtigkeit hat, so wächst das Feldmansche Buch zu der Bedeutung einer grossen Bürgertat heraus, dies umsomehr, als es seinen informatorischen Zweck gut und zweckmässig erfüllt".

„Kultura Polski"-Krakau. (Nr. XX vom 19. Mai 1918.)
„. . . In der Arbeit Feldmans erhält die deutsche politische Literatur ein sehr ernsthaftes Handbuch, mit grosser Sachkenntnis niedergeschrieben, mit sehr viel Material, geschickt beleuchtet und den Aufgaben derjenigen Politik angepasst, die zwischen Deutschland und dem polnischen Staat einen modus vivendi schaffen will".

„Wiadomości Polskie"-Piotrków (Nr. 180 vom 19. Mai 1918.)
„. . . man muss zugeben, dass das Bild genau, quellenmässig bearbeitet und in einer für den fremden Leser sehr schönen und anziehenden Form abgefasst ist. Bei der Niederschrift seines Buches hat der Verfasser das Maximum allen für eine Einzelperson zugänglichen Quellenmaterials erschöpft".

„Glos"-Warschau (Nr. 19 vom 20. Januar 1918)
„. . . Feldman ist ein Geist, der vor allem sich durch eine ungeheure Arbeitsamkeit auszeichnet und durch die Fähigkeit, das angesammelte Material geschickt auszunutzen. Ein Material, das so reich ist, dass ein Durchschnittsjournalist sich in ihm gar nicht orientieren könnte, während Feldman in seiner Arbeit ein vollendetes Ganzes bietet. Das Buch wird in der Zukunft wahrscheinlich noch lange Zeit hindurch für unsere Politiker und Schriftsteller die einzige und auch unerschöpfliche Quelle sein; es ist für jeden, der sich für die Geschichte des polnischen politischen Gedankens interessirt, unentbehrlich. Sehr gelungen ist die Synthese der einzelnen Epochen und Erscheinungen, sie erleichtert dem Laien ungemein die Orientierung in der Vergangenheit und in den einzelnen Erscheinungen der polnischen Politik. Die gewissenhafte Anführung der Quellen gestattet es, diese Synthese in jedem Falle zu kontrollieren, und gewährt gleichzeitig die Möglichkeit, die von dem Verfasser zitierten Quellen oder besprochenen Erscheinungen selbständig zu studieren."

„Monitor Polski"-Warschau (Nr. 40 vom 6. April 1918)
„. . . Nicht eine Geschichte der Taten bringt die Arbeit Feldmans, sondern eine Geschichte der Gedanken, der politischen Theorien, der Programme. Der Leser hat vor sich ein Bild der polnischen politischen Literatur der hundert letzten Jahre des polnischen Lebens: mehrere Tausende bibliographischer Nummern mag der Verfasser verarbeitet haben. Als Ergebnis bringt die organische Uebersicht nicht allein ein Bild der „grossen Politik", sondern zugleich — aller der Strömungen, die damals die Nation erfüllten: wir finden also in dem Buch eine Geschichte unserer Beziehungen zu Frankreich, Oesterreich, Russland, Deutschland, aber auch eine Geschichte der polnischen Demokratie, der aristokratischen Politik, der Bauernfrage, des Sozialismus usw. Und auf diesem gedanklichen Hintergrund treten repräsentative Einzelpersonen auf. Ein umfangreiches Inhalts- und Namensverzeichnis erleichtert die Orientierung in diesem Material".

„Glos Narodu"-Krakau. (Nr. 303, 1917.)
„. . . das Buch ist reich an tatsächlichem Material, interessant wegen der Charakteristik der Menschen und der Strömungen in der Zeit nach den Teilungen und der uns näherstehenden Zeit nach dem letzten Aufstand. Es wird zweifellos der deutschen Allgemeinheit grosse Dienste leisten, indem es ihr als Quelle über die Entwicklung des polnischen politischen Gedankens dienen wird. Können wir doch hieraus den ganzen Entwicklungsprozess kennen lernen und uns hierdurch auch in dem gegenwärtigen Augenblick orientieren.
Es wäre nur zu wünschen, dass der zweite Band, der für das deutsche Publikum nun schon zugänglich geworden ist, auch bald der polnischen Oeffentlichkeit vorgelegt wird".

„Polen"-Wien. (Nr. 185.)
„Wie man sich auch einzelnen Urteilen oder Schlüssen des Verfassers gegenüber halten mag, sein Werk muss immer als eine höchst verdienstvolle Leistung anerkannt und geschätzt werden".